

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

DEZEMBER 2015 /
JANUAR 2016

Einsendeschluss naht! Die Jury steht fest!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2015/16

Die Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle jungen Auszubildenden aus Betrieben und Verwaltungen können noch bis zum 15. Januar 2016 ihre Wettbewerbsbeiträge zusenden. Egal ob Fotocollage, Video oder eine Aktion vor Ort – alles ist erlaubt! Die Beiträge werden von einer Fachjury ausgewertet. Dieses Jahr besteht das Gremium aus: Sera Choi (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Elke Hülsmann (DGB Bildungswerk NRW), Schirmherr Oliver Malchow (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei), Christin Richter (DGB Jugend Brandenburg), Eric Schley (DGB Jugend NRW), Angelika Thiel-Vigh (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg) und Dr. Klaudia Tietze (Kumpelverein).

Mehr Infos zum Wettbewerb unter:

<http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>



Teilhabe, Mitbestimmung, Integration

45. migrationspolitische Tagung der IG BCE in Recklinghausen



v.l.: Hasan Allak, Betriebsratsvors. Continental, Staatsministerin Aydan Özoğuz, Petra Reinbold-Knape, IG BCE-Hauptvorstand, Giovanni Pollice, Vorsitzender Gelbe Hand, und Thomas Wessel, Arbeitsdirektor Evonik

„Integration gelingt, wenn wir alle an einem Strang ziehen – und das können wir Gewerkschaften!“, mit dieser klaren Botschaft appellierte Petra Reinbold-Knape, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE, auf der alljährlichen Recklinghäuser Tagung selbstbewusst an den gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Zusammenhalt. Zentrales Thema war die Integration der Flüchtlinge, insbesondere in den Arbeitsmarkt. Rund 400 Gewerkschaftsmitglieder hatten am 5. Dezember den Weg in die Recklinghäuser Festspielhalle gefunden. Traditionsgemäß waren auch dieses Jahr der Vorsitzende des Vereins Giovanni Pollice und der Referent Mark Haarfeldt mit dem Info-Stand vor Ort. „Teilhabe, Mitbestimmung, Integration“ lautete das Motto der Tagung. Dies seien Grundwerte der Gewerkschaft, erklärte Reinbold-Knape, und machte deutlich, dass es für rechtspopulistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge daher keinen Platz gebe – weder

im Betrieb, noch sonst in der Gesellschaft: „Wir müssen stets die Stimme für Schutzbedürftige erheben!“ Dass die IG BCE ihren Worten auch Taten folgen lässt, zeigt das Ausbildungsprogramm „Start in den Beruf“, das in Abstimmung mit den Sozialpartnern der Chemie-Industrie jetzt auch auf junge Flüchtlinge ausgeweitet wurde. Die Gastrednerin, Staatsministerin Aydan Özoğuz, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, hob die historische Vorreiterrolle der Gewerkschaften bei der Integration von Migrantinnen

und Migranten sowie im Kampf gegen Rassismus hervor. Spätestens als 1986 der Kumpelverein gegründet worden sei, so die Integrationsbeauftragte, „hätten die Menschen gewusst: Hier gibt es eine starke Front an Leuten, die sich gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen!“ Im Anschluss diskutierten die Staatsministerin und Petra Reinbold-Knape gemeinsam mit Thomas Wessel, Arbeitsdirektor bei Evonik Industries, und dem Continental-Betriebsratsvorsitzenden Hasan Allak, unter Moderation von Regina Karsch, zuständig für Migration bei der IG BCE, über die Herausforderungen und Chancen der Zuwanderung. In fünf Foren konnten sich daraufhin die Mitglieder selbst aktiv zu Themen der Integration von Migrantinnen und Migranten in Betrieb und Gesellschaft austauschen. Seit 45 Jahren widmet sich die IG BCE mit der Tagung den Themen der Migration – im Jahr 2015 ist dieses Signal wichtiger denn je.

„Für Akzeptanz der Vielfalt werben“

Festakt zu „60 Jahren Gastarbeiter“ im Kanzleramt

Anlässlich des ersten Anwerbeabkommens mit Italien lud die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz am 7. Dezember zum interkulturellen Festakt „60 Jahre Gastarbeiter in Deutschland“ ins

Kanzleramt. Unter den rund 150 geladenen Gästen der ersten, zweiten und dritten „Gastarbeiter-Generation“ war auch Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins. Gemeinsam mit der Staatsministerin Özoğuz sowie der Wissenschaftlerin Prof. Naika Foroutan und der Schriftstellerin Jagoda Marinić, diskutierte Pollice auf dem Podium über das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Er betonte den Einsatz der Gewerkschaften im Kampf gegen Diskriminierungen in der Arbeitswelt, machte aber auch klar, dass man noch nicht am Ziel sei: „Mir fehlt es immer

noch an Wertschätzung für die verschiedenen Kulturen. Wir müssen stärker für die Akzeptanz der Vielfalt werben.“ Gerade jetzt, wo Teile der Gesellschaft diesen Pluralismus immer mehr ablehnten.



Zuvor hatte die Kanzlerin Dr. Angela Merkel ein Grußwort gesprochen. Sie würdigte die Lebensleistung und den Beitrag der „Gastarbeiter“ für dieses Land. Auch sie betonte dabei die wichtige Rolle der Gewerkschaften, schließlich sei „Arbeit die beste Integrationsform“. Mit Blick auf kommende Herausforderungen plädierte sie für beidseitige „Offenheit und Neugierde“. Eine klare Botschaft sendete die Kanzlerin auch an die jüngeren, interkulturellen Generationen: „Niemand muss seine Wurzeln vergessen. In zwei Ländern zu Hause zu sein, ist ein Plus – also seien Sie selbstbewusst!“

„Gewerkschaften – Partner für Chancengerechtigkeit“

Exklusiv-Interview mit Staatsministerin Aydan Özoğuz, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration



Quelle: Bundesregierung/ Denzel

Vor 60 Jahren wurde das erste Anwerbeabkommen mit Italien geschlossen. Es begann eine gesellschaftliche Entwicklung, die Deutschland bis heute verändert und geprägt hat. Heute sind wir ein vielfältiges, buntes Deutschland. Rückblickend: Was hat unter gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Gesichtspunkten gut geklappt und wo wurden auch Fehler gemacht?

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter haben unsere Geschichte mitgeprägt, nicht nur, weil ihre Nachkommen heute einen beträchtlichen Teil unserer Bevölkerung ausmachen. Unser Wirtschaftswunder haben wir auch ihrer Lebensleistung zu verdanken. Leider wurde das viel zu wenig gewürdigt und anerkannt. Dabei waren die 1950er, 1960er und 1970er Jahre für die Einwanderer eine harte und entbehrungsreiche Zeit. Sie wurden fast ausschließlich für ungelernte Hilfstätigkeiten eingesetzt – egal ob sie vielleicht bereits aus ihrer Heimat eine Berufsausbildung mitbrachten. Sie hatten auch in den Folgejahren kaum die Chance sich weiter zu qualifizieren. Sie waren somit fast automatisch von einer höheren Entlohnung ausgeschlossen.

Sprach- und Integrationskurse gab es damals für die sogenannten „Gastarbeiter“ nicht – man ging ja von der irrigen Annahme aus, sie würden alsbald in ihr Herkunftsland zurückkehren. Welche integrationspolitischen Fehler dürfen sich bei der heutigen Flüchtlingsmigration nicht wiederholen? Was hat die Politik gelernt und wo liegen heute die Erfahrungswerte im Umgang mit der Migration und Integration?

Die Politik, aber auch die Gastarbeiter selbst, gingen sehr lange davon aus, dass alle nach ein paar Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren. Diese Rechnung ist, wie wir alle wissen, nicht aufgegangen. Viele Menschen sind nicht wieder zurückgegangen, sondern haben ihre Familien nachgeholt oder neue Familien in Deutschland gegründet. Integrationskonzepte gab es dennoch keine. Es ist eines der größten Versäumnisse der Nachkriegsgeschichte, dass wir damals weder auf Sprachkurse, Migrationsberatung noch auf eine vorausschauende Integrationspolitik gesetzt haben. Inzwischen wissen wir: Wir müssen die Menschen, die bei uns leben, in unsere Gesellschaft einbinden, Sprache ist da ein Schlüssel zur Integration. Erst 2005, sozusagen mit 50 Jahren Verspätung nach dem ersten Anwerbeabkommen, haben wir endlich die Sprach- und Integrationskurse eingeführt. Schnell ist was anderes.

Arbeit ist sicherlich ein Grundpfeiler der Integration. Die „Gastarbeiter“ hatten damals zumindest schon einen Arbeitsvertrag im Gepäck. Wie kann heute die Integration der vielen jungen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gestaltet werden? Gerade auch in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften?

Wir haben 2014 und 2015 viele Gesetze auf den Weg gebracht, um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das betrifft die Wartefristen für die Arbeitsaufnahme aber auch bei der Aufnahme einer Ausbildung. Es nützt ja niemandem, wenn Flüchtlinge sinnlos in den Unterkünften warten müssen. Deshalb haben wir für Asylbewerber, die bei uns bleiben werden, viele Förderungen zur Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geöffnet. Wir dürfen einfach nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen: Ich setze mich dafür ein, dass Flüchtlinge nicht nur schnell einen Deutschkurs machen können, sondern auch Maßnahmen zum Arbeitsmarkteintritt schon parallel beginnen können – und nicht wie bisher hintereinander. Da geht sonst zu viel wertvolle Zeit verloren. Für die qualifizierten Zuwanderer müssen wir einen zügigen Berufseinstieg über die schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen ermöglichen. Junge Flüchtlinge sollen angepasste Einstiegsprogramme in die berufliche Ausbildung und einen einfachen Zugang über Arbeitsgelegenheiten erhalten. Ich bin den Gewerkschaften für ihre Unterstützung bei all diesen Maßnahmen sehr dankbar. Sie waren übrigens die ersten in Deutschland, die sich für die Integration der Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen damals eingesetzt haben. Für mich sind sie auch heute ein unverzichtbarer

Partner, um mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu schaffen.

Neben großen Gesten der Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft auf der einen nehmen auf der anderen Seite auch rassistisch motivierte und rechtsextreme Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu. Wie können wir als Gesellschaft und wie kann die Politik effektiv gegen Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus vorgehen?

Die Welle der Gewalt gegen Flüchtlinge und Menschen, die sich für sie einsetzen, ist alarmierend. Die Rhetorik wird immer aggressiver, nicht nur von Pegida. Auch die AfD zündelt eifrig mit und trägt zu einer Verrohung der Debatte bei. Wer hetzt und andere Menschen bedroht oder angreift, muss die ganze Härte unseres Rechtsstaats spüren. Zugleich dürfen wir nicht nachlassen, wenn es darum geht, über den Zuzug von Flüchtlingen aufzuklären, Vorurteile zu bekämpfen und auch viele Begegnungen mit Flüchtlingen zu schaffen. Es sind gerade die direkten Begegnungen, die Ängste abbauen und mehr Verständnis füreinander schaffen.

Das Interview fand im Rahmen des Festaktes „60 Jahre Gastarbeiter in Deutschland“ statt (siehe S.1). Mehr Impressionen dazu unter:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/12/2015-12-07-60-jahre-gastarbeiter.html>

ver.di-Kollege Romin Khan im Vorstand

Neues Vorstandsmitglied des Kumpelvereins

Am 8. Dezember fand in Düsseldorf die Mitgliederversammlung des Kumpelvereins statt. Dabei wurde Romin Khan, Referent für Migrationspolitik bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, zum stellvertretenden Vorsitzenden der „Gelben Hand“ gewählt. Er tritt die Nachfolge der ver.di-Kollegin Sonja Marko an. Darüber hinaus wurde in der Sitzung das Arbeitsprogramm und die Zielrichtung der Vereins für die Jahre 2016 – 2018 beschlossen. Ein Schwerpunktthema wird die Bekämpfung des Rassismus gegenüber Flüchtlingen sein.

„Bildung kann nicht warten“

Information und Engagement: GEW setzt sich aktiv für Flüchtlinge ein

Das Bühnenstück „Leanas Traum“ erzählt die Geschichte eines Zirkusmädchens, dessen Zirkus Opfer rassistischer Anfeindungen wird und letztlich fliehen muss. Ihre Freundin, die Prinzessin Leana, setzt sich dafür



Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

ein, dass „alle Willkommen sind“ und der Zirkus darf daraufhin zurückkommen. Mit dieser symbolischen Botschaft haben Schülerinnen und Schüler der Grundschule II im hessischen Stadtallendorf mit Tanz, Gesang und Akrobatik ein Zeichen gegen Rassismus und für eine Willkommenskultur gesetzt. Organisiert hat das Ganze der Lehrer und GEW-Kollege Gerhard Bitterwolf: „Angesichts von hunderten Flüchtlingen, die bei uns Schutz und eine Lebensperspektive suchen, ist es eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und pädagogischen Aufgaben, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Hass und Gewalt entgegenzutreten und eine Kultur des Willkommens zu entwickeln.“ Das ist nur eine von vielen Aktionen aus dem Bereich der GEW zu diesem Thema und sie entspricht zu Hundertprozent der politischen Leitlinie der Bildungsgewerkschaft und all ihrer Landesverbände. Gerade Lehrerinnen und Lehrern kommt im Zuge der Flüchtlingsthematik eine wichtige Rolle zu. Denn Bildung sei der Schlüssel zu Integration und ein Menschenrecht, das für alle gelte, betont die Vorsitzende der GEW und Fördermitglied des Kumpelvereins, Marlis Tepe: „Bildung kann nicht warten. Flüchtlinge und Asylsuchende sollten so schnell wie möglich und

unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildung erhalten. Hierzu müssen Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen so ausgestattet werden, dass sowohl bedarfsgerechte Sprachbildung als auch ein allgemein qualitativ gutes Bildungsangebot gewährleistet werden kann“, unterstreicht die Vorsitzende Tepe. Notwendig sei dafür mehr Lehrpersonal: „Mit der Veröffentlichung der GEW-Handlungsempfehlungen haben wir verdeutlicht, dass es einen zusätzlichen Bedarf von rund 24.000 Lehrkräften und 14.000 Erzieherinnen und Erziehern gibt; darüber hinaus braucht es dringend mehr qualifizierte und besser bezahlte Fachkräfte für Integrationskurse und die multiprofessionelle Zusammenarbeit. Die Herausforderungen für unsere Kolleginnen und Kollegen sind enorm; ihr Engagement ist vielerorts beachtenswert und setzt in der aktuellen Lage unverzichtbare Zeichen der Solidarität. Damit die vielfältigen Integrationsaufgaben gemeistert werden können und das Recht auf Bildung für alle verwirklicht wird, braucht es neben kurzfristigen Maßnahmen auch mittel- und langfristig verlässliche Strukturen im Bildungswesen. Diese müssen sozial gerecht und nachhaltig gestaltet werden – nicht zuletzt mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und die notwendige Stärkung demokratischer Teilhabe und sozialen Zusammenhalts.“ Mit Info-Materialien, Studien, sowie konkreten Handlungsempfehlungen für die Bildungsarbeit mit Flüchtlingen unterstützt die GEW ihre Kolleginnen und Kollegen auch ganz praktisch in den Schulen und Kindergärten vor Ort. In ihrem Online-Themenportal zu Flucht und Asyl findet ihr Informationen, Materialien und die Handlungsempfehlungen zum Download:

<http://www.gew.de/flucht-und-asyl/>

Wenn die Heimat feindlich wird

Azubis der Deutschen Post veranstalten „Tag der Menschenrechte“

Das Thema „Flucht“ stand dieses Jahr am 24. November im Mittelpunkt des Tages der Menschenrechte, den die Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Deutschen Post AG nunmehr zum 13. Mal mit Unterstützung der Diversity-Abteilung organisierte. Rund 150 Azubis nahmen am Aktionstag teil. „Durch die Veranstaltung wollen wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ein Miteinander ohne Diskriminierung in einem weltweit tätigen Konzern sensibilisieren und an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948 erinnern“, erklärt Nicole Berg, stellvertr. Vorsitzende der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung. Unter dem Motto „Wenn die Heimat feindlich wird“ fanden an jenem Tag vielfältige Aktivitäten rund um das Thema Flucht und Asyl statt. Die Auszubildenden führten

unter anderem ein kleines Schauspiel vor, das sich mit der Flüchtlingsthematik beschäftigte. Prägend waren für die Jugendlichen die dramatischen Erlebnisberichte zweier junger Flüchtlinge, die gemeinsam mit dem Unterstützerkreis für Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. auf der Veranstaltung zu Gast waren. Die Deutsche Post übergab dem Verein an jenem Tag eine Spende von 1.500 Euro. In vier Workshops bot sich am Nachmittag den Anwesenden die Möglichkeit, die Themen „Flucht und Asyl“ noch einmal intensiv zu diskutieren. Von den Azubis der Deutschen Post ging an jenem Tag eine Botschaft der Solidarität aus: Refugees welcome! Denn Asyl ist ein Menschenrecht.



Gegen rassistische Positionen von AfD und Pegida

Netzwerktreffen der Gelben Hand in NRW

In Düsseldorf fand am 28. November das erste Netzwerktreffen des Kumpelvereins in NRW statt. Zahlreiche Engagierte aus den Mitgliedsgewerkschaften und vom DGB kamen und diskutierten über die Positionen von Pegida und AfD zu den Gewerkschaften. Von Verschwörungstheorien hinsichtlich des DGB, über die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen bis hin zu neoliberalen Theorien wurde deutlich, dass sowohl die AfD wie auch Pegida Gewerkschaften fundamental ablehnen. Auch die Frage, was man in Betrieben und Berufsschulen für Optionen hat, um Vorurteile von AfD und Pegida zu entkräften, wurde intensiv diskutiert. Dabei wurden Projekte und Initiativen vorgestellt, die sich schon seit mehreren Jahren für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz einsetzen. Ein Engagement, das durch den Kumpelverein gestärkt wird.

Demokratie leben

Fördermittel für Jugend-Aktionen

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums unterstützt Kommunen in ganz Deutschland dabei, lokale Bündnisse aufzubauen, die die Demokratiekultur vor Ort fördern. Die Kommunen verfügen über einen Aktions- und Initiativfonds, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden können. Als Ansprechpartner fungiert die lokale Koordinierungs- und Fachstelle. In Dinslaken hat beispielsweise die DGB-Jugend mit Mitteln des Aktionsfonds dieses Jahr ein Rockkonzert gegen Rechts organisiert. Um junge Menschen noch stärker an diesen „Partnerschaften für Demokratie“ zu beteiligen, wurden zusätzlich auch Jugendforen eingerichtet, die von Jugendlichen selbst organisiert werden. Schon vorhandene Strukturen wie Jugendparlamente oder Jugendringe wurden dafür genutzt und konzeptionell weiterentwickelt. Zur Umsetzung eigener Maßnahmen werden Fördermittel auch aus diesem Topf von bis zu 5000 € bereitgestellt. In der Stadt Delmenhorst zum Beispiel wird der Jugendfonds vom Kinder- und Jugendparlament verwaltet. Koordinierungsstelle ist die evangelische Diakonie. Demnächst organisieren die Jugendlichen eine Plakataktion gegen Gewalt und Rassismus in allen Delmenhorster Schulen und Jugendhäusern. Engagieren lohnt sich, die Mittel sind da! Mehr Infos unter: <https://www.demokratie-leben.de/programm-partner/partnerschaften-fuer-demokratie.html>

Azubis informieren sich und setzen Zeichen

Die „Gelbe Hand“ bei der Telekom-Jugend

Am 27. November fand in Aachen die Auszubildendenversammlung der Telekom Köln statt. Im Rahmen der Veranstaltung initiierte die Jugend- und Auszubildendenvertretung eine Foto-Aktion mit der „Gelben Hand“. Dabei setzten rund 300 Azubis ein Zeichen gegen Rassismus. Zugleich hielt der Referent des Kumpelvereins, Mark Haarfeldt, einen Vortrag zum Thema „Rassistische Tendenzen in der Gesellschaft. Eine Herausforderung für uns alle“. Aktuelle Erscheinungsformen des Rassismus in Form von Pegida, aber auch die Verrohung der Sprache, besonders in sozialen Netzwerken, und wie Unternehmen darauf reagieren, waren Inhalte des Vortrags, die vor allem die Jugend interessierten. Eine Beschreibung der teilweise miserablen Lebensumstände von Flüchtlingen, gerade in den Erstaufnahmestellen, sensibilisierte die Azubis für die Situation der Schutzsuchenden. Die Telekom-Jugend zeigt mit der Gestaltung ihrer Versammlung, dass sie Ausbildung als ganzheitliche Bildung begreift, die auch gesellschaftspolitische Aspekte umfasst. Der Kumpelverein begleitet diesen Weg, wo er kann.



Azubis der Telekom Köln: Mit der Gelben Hand gegen Rassismus

Solidarität mit den Betroffenen, Kampf gegen die Rechten

Morddrohung von Neonazis auch gegen ver.di-Kollegen



Fünf gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagierte Personen aus dem Raum Nürnberg sind aktuell mit Todesdrohungen aus der rechten Szene konfrontiert. Darunter der Gewerkschafter Ulli Schneeweiß (ver.di). Entsprechende an die Betroffenen adressierte E-Mails verweisen auf fingierte Todesanzeigen. Nach bisheriger Kenntnis sind neben dem ver.di-Kollegen Ulli Schneeweiß die Nürnberger Sozialwissenschaftlerin Birgit Mair (ISFBB e.V.), der BR-Journalist Jonas Miller sowie der ehemalige Mitarbeiter von Endstation Rechts-Bayern und heutige Geschäftsführer der Nürnberg SPD, Rüdiger Löster sowie der LINKE-Stadtrat Titus Schüller im Visier der Rechtsextremen. Wir als Kumpelverein, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Demokraten sprechen den Betroffenen die volle Solidarität aus: Wir stehen hinter euch! In einer gemeinsamen Pressemitteilung bekräftigten die engagierten Persönlichkeiten, sich nicht unterkriegen zu lassen. Der Kollege Schneeweiß betont: „Wir werden gegen diese ‚neuen‘ Rassisten von Pegida & Co., wie auch gegen die ‚alten‘ Nazis immer wieder klar und deutlich Stellung beziehen!“ Die „Gelbe Hand“ wird sie dabei mit aller Kraft unterstützen.

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Fotos: Gelbe Hand, Bundesregierung, Telekom, Deutsche Post

Produktion:

Setzkasten GmbH
Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 2016!

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung. Nachfolgend die Namen:

- Christian Albrecht**, IG BCE, Mitglied des Landesbezirksjugendausschusses, Baden-Württemberg, Göppingen
- Melissa Amsler**, IG BCE, Mitglied des Landesbezirksjugendausschusses, Baden-Württemberg, Schwörstadt
- Oliver Banze**, IG BCE, Vertrauensleutvorsitzender und Mitglied des Betriebsrates, Fa. Roche Diagnostics, Mannheim
- Frank Behtke**, ver.di, stellvertretender Landesleiter Nordrhein-Westfalen
- Julia Böhnke**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Abt. Jugend DGB Bundesvorstand, Berlin
- Julian Fluder**, IG BCE, Sekretär zur Ausbildung, Mannheim
- Maik Gößling**, ver.di, GF Landesjugendvorstand, Köln
- Michael Groß**, IG BCE, MdB, Marl
- Sandra Hoeboer**, ver.di, Vorsitzende Bezirksfrauenrat, Duisburg
- Frank Jungbluth**, ver.di, Pressesprecher der SPD Landtagsfraktion Niedersachsen, Burgdorf
- Gabriele Katzmarek**, IG BCE, MdB, Mannheim
- Maria Kersten**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin, Abt. Presse + Kommunikation HV, Hannover
- Romin Khan**, ver.di, Gewerkschaftssekretär, Referent Migrationspolitik BV, Berlin
- Frank Lorenz**, IG BCE, Betriebsratsmitglied Fa. Goodyear, Riesa
- Wenke Macher**, IG BCE, Vorsitzende des Bezirksjugendausschusses, Karlsruhe
- Tobias Paulus**, IG BCE, JAV und Jugendreferent, Bezirk Ulm, Ulm
- Manuel Pejic**, IG BCE, Mitglied des Landesbezirksjugendausschusses, Baden-Württemberg, Sulzfeld
- Beate Pliete**, ver.di, Mitglied des Stadtrates Haltern am See, Haltern am See
- Alexander Prieß**, ver.di, Jugendsekretär Bezirk Düsseldorf, Düsseldorf
- Jessica Rauch**, IG BCE, Sekretärin zur Ausbildung, Trier
- Peter Riedel**, IG BAU, Organisationsleiter BV, Frankfurt/Main
- Ricarda Schilli**, IG BCE, Vorsitzende des Landesbezirksjugendausschusses, Baden-Württemberg, Baden-Baden
- Detlef Schliffke**, IG BCE, Vorsitzender IG BCE Regionalforum, Essen
- Sophie Schrems**, IG BCE, JAV und Jugendreferentin, Bezirk Freiburg
- Ulrich Titz**, IG BCE, Mitglied des Ortsgruppenvorstandes, Düren
- Anja Trapp**, IG BCE, Mitglied des Bundesjugendausschusses und LBJA BA-Wü, Remshalden
- Erik Volkman**, IG BCE, Mitglied des Bundesjugendausschusses, Biberach
- Bianca Webl**, DGB, Verwaltungsangestellte beim DGB Bundesvorstand, Berlin

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender